

Nr. 16/334 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Zustand und Zukunft des Bereinigungsgebiets Waller Fleet

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 18. August 2005

(Drucksache 16/384 S)

Nr. 16/335 S

Fragestunde

1. Siemens-Hochhaus
Anfrage der Abgeordneten Uta Kummer, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 23. Juni 2005
2. Gewährung von Akteneinsicht für Rechtsanwälte
Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Grotheer, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 23. Juni 2005
3. Borgfelder Schulexpress
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 24. Juni 2005
4. Betriebsnahe Kinderversorgung im Klinikum Mitte
Anfrage der Abgeordneten Sandra Speckert, Karl Uwe Oppermann, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 24. Juni 2005
5. Schülerbüro
Anfrage der Abgeordneten Ulrike Hövelmann, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 6. Juli 2005
6. Programm „Schöne Schule“
Anfrage der Abgeordneten Ulrike Hövelmann, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 6. Juli 2005
7. Keine weitere Verschwendung von Steuergeldern für vorbereitende Maßnahmen zur „Zerstörung der Uniwildnis“
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Dr. Matthias Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Juli 2005
8. Umgang mit etwaigen Doppelstaatsbürgern in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Juli 2005
9. Ehemaliges Verwaltungsgebäude der Norddeutschen Steingut
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Juli 2005

10. Integrationsjobs und die Arbeitsvermittlung für Frauen
Anfrage der Abgeordneten Annedore Windler, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 13. Juli 2005

11. Wirtschaftsförderung ohne gültiges Wirtschaftliches Aktionsprogramm (WAP)
Anfrage der Abgeordneten Klaus Möhle, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Juli 2005

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

12. Barrierefreies Bauen
Anfrage der Abgeordneten Dirk Schmidtman, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. August 2005

13. Kosten des Pensionsgeschäfte Gewoba-Anteile bei der BIG
Anfrage der Abgeordneten Karin Krusche, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. August 2005

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 16/336 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 16/337 S

Zukunft der Integration behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder in Tageseinrichtungen für Kinder

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. Mai 2005
(Drucksache 16/318 S)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2005

(Drucksache 16/351 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/338 S

Perspektiven der Bremer Erwachsenenschule

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. Mai 2005
(Drucksache 16/328 S)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. September 2005

(Drucksache 16/393 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/339 S

Lkw-Führungsnetz

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2005
(Drucksache 16/342 S)

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Mitteilung des Senats zu.

Nr. 16/340 S

Bekämpfung der mautverdrängten Verkehre in den Städten

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 13. September 2005
(Drucksache 16/397 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf zu prüfen,

- a) welche Straßenzüge innerhalb der Stadtgemeinden von Schleichverkehren betroffen sind,
- b) welche dieser Straßen ebenfalls in eine Mautpflicht einbezogen werden können,
- c) inwieweit eine Aufhebung der Mautpflicht auf Autobahnen innerhalb des Stadtgebiets möglich ist, und
- d) nach Abschluss der Prüfung und nach Abstimmung mit der Niedersächsischen Landesregierung gegebenenfalls im Bundesrat initiativ zu werden.

Nr. 16/341 S

Mitwirkung in der Bürgerstadt weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 20. Juni 2005
(Drucksache 16/346 S)

1. Die Stadtbürgerschaft begrüßt die Mitteilung des Senats zur Anfrage „Handlungskonzept für eine Bürgerstadt“ vom 26. April 2005. Sie hält die Grundzüge seines Konzepts zur Bürgerstadt für eine wesentliche Grundlage für die weitere Entwicklung der Stadt und für das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger. Sie bittet den Senat, für eine entschiedene und koordinierte Umsetzung in den einzelnen Senatsressorts Sorge zu tragen.
2. Bürgerschaftliches Engagement ist schon jetzt integraler Bestandteil unserer Stadtgesellschaft und eine breit in der bremischen Gesellschaft verankerte Tradition. Die Potentiale an Beteiligung und Engagement in unserer Gesellschaft sind jedoch bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Bremen steht zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor neuen großen Herausforderungen. Diese sind nicht durch ein Delegieren der Aufgaben an sozialstaatliche Infrastruktur und Ausweitung von staatlichen Transferleistungen alleine zu bewältigen.
3. Die Zukunft unseres Gemeinwesens liegt in der Verschränkung leistungsfähiger Sozialstaatsinstitutionen und vielfältiger Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten durch die Bürgerinnen und Bürger. Eine Bürgerstadt lässt sich nur mit einem leistungsfähigen, handlungsfähigen Staat bzw. einer ebensolchen Stadt und ihrer Verwaltung voran bringen. Durch das Entfachen von neuem Engagement reduziert sich die Rolle des Sozialstaats keineswegs auf die eines Moderators. Die Schwachen brauchen auch weiterhin starke soziale Unterstützungssysteme, damit die Teilhabe aller als gesellschaftliches Paradigma Bestand haben kann.
4. Als Garant öffentlicher Daseinsvorsorge ermöglichen Prävention und Hilfe zur Selbsthilfe, dass die Menschen in ihrer Eigenverantwortung gestärkt werden, ohne dass verantwortungsloses Vorenthalten von notwendigen Unterstützungssystemen damit einhergeht. Leistungen des Staates sollen dabei so weit wie möglich in die Hände der Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger gelegt werden und sie bei der Schaffung des Notwendigen unterstützen.
5. Bürgerstadt bedeutet Vorrang für die Bürgerinnen und Bürger auf allen für sie wichtigen öffentlichen Bereichen im Sinne von Selbstverantwortung, Selbstorganisation und Beteiligung. Dabei ist Bürgerbeteiligung kein wohlmeinendes hoheitliches Entgegenkommen, sondern ein demokratisches Prinzip. Bürgerbeteiligung ist jedoch auch kein Automatismus und kein Selbst-

zweck. Sie eröffnet keinen Anspruch auf Durchsetzung von Individualinteressen, sondern dient dem Interessenausgleich und der Aushandlung besserer Lösungen für das Zusammenleben der Menschen in der Stadt.

6. Die Bürgerstadt strebt Handlungsmodelle an, die die Mitwirkung der Menschen an Planungs- und Entscheidungsprozessen erweitern. Bestehende Beteiligungsstrukturen müssen weiterhin unterstützt und in ihrer Leistungsfähigkeit nach Kräften gefördert werden. Neue Modelle des Mitwirkens sind in vielen Bereichen bereits erfolgreich entwickelt worden. Entscheidungsprozesse, die bestehende hierarchische Verwaltungsstrukturen widerspiegeln, werden den Anforderungen an Differenzierungen, Informationsdichte, Vernetzung und Beteiligung vieler engagierter Bürger nicht mehr gerecht. Daraus ergeben sich neue Anforderungen an Verwaltung und Politik. Insofern wohnt dem Versuch, bürgerschaftliches Engagement stärker zu initiieren, gleichermaßen die Herausforderung nach konsequenter Demokratisierung und Transparenz möglichst aller öffentlichen Institutionen inne.
7. Die Erfahrungen aus der Arbeit der Beiräte, aus dem Anpassungskonzept für Jugendarbeit und dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ zeigen, dass Gremien in den Stadtteilen sehr sorgsam und verantwortungsbewusst mit dem Gemeinwesen verpflichteten Sachentscheidungen und den ihnen zur Verfügung gestellten Budgets umgehen. Die Stadtbürgerschaft erwartet, dass der Senat die Übertragbarkeit erfolgreicher Beteiligungsmodelle auf andere Planungs- und Entscheidungsprozesse überprüft und gegebenenfalls fördert.
8. Bremen verfügt über ein großes Vermögen an bürgerschaftlichem Engagement. Etwa 100.000 Bürgerinnen und Bürger sind regelmäßig für das Gemeinwohl tätig. Dieses Vermögen ist zu pflegen und weiter zu entwickeln. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, die von ihm genannte Arbeitsgruppe zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zügig zu weiterführenden Ergebnissen kommen zu lassen und darüber bis zum Jahresende 2005 zu berichten.
9. Die Stadtbürgerschaft erwartet, dass der Senat diese Entwicklung offensiv fördert. Ressortbeauftragte für Bürgerbeteiligung können sicher stellen, dass solche Ansätze nicht beliebig werden. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, ein Prüfsystem für die Verwaltung zu entwickeln, unter welchen Voraussetzungen sich öffentliche Vorhaben für eine weitere Bürgerbeteiligung eignen.

Nr. 16/342 S

„Schule ohne Rassismus“ in Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 21. Juni 2005
(Drucksache 16/347 S)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. August 2005

(Drucksache 16/380 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/343 S

Rechte der Beiräte großzügig auslegen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Juni 2005
(Drucksache 16/349 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/344 S

Beiräte als demokratische Stadtteilvertretungen stärken

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 13. September 2005
(Drucksache 16/398 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. den Entscheidungs- und Beteiligungsrechten der Beiräte im Rahmen der gesetzlichen Regelungen angemessen so zu beachten, dass insbesondere
 - der kommunalpolitischen Arbeit der Beiräte ein entsprechender Stellenwert beigemessen wird und die vor Ort vorhandene Sachkenntnis und Interessenlage in die Entscheidungsprozesse der Verwaltung mit einbezogen wird,
 - die Beiräte auch in Zukunft unterstützt werden, sich den stadtteilpolitisch bedeutsamen Fragen aktiv anzunehmen,
 - sichergestellt wird, die thematisch und örtlich zuständigen Beiräte rechtzeitig an stadtteilpolitischen Entscheidungen zu beteiligen und
 - der Kreis der Angelegenheiten, die im Beiratsbereich von öffentlichen Interesse sind und der Begriff des Stadtteilbezuges der Bedeutung und Rolle der Beiräte entsprechend umfassend ausgelegt wird sowie
2. es auch weiterhin bei dem geltenden Verfahren zur Verteilung der Globalmittel durch die Beiräte zu belassen.

Nr. 16/345 S

Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2005
(Drucksache 16/352 S)

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Rainer B e n s c h

anstelle der Abgeordneten Sandra Speckert zum stellvertretenden Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadtgemeinde Bremen.

Nr. 16/346 S

Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001

18. Änderung

– **Horn-Lehe (Lilienthaler Heerstraße)** –

Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2005
(Drucksache 16/354 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 18. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen.

Nr. 16/347 S

23. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen in der Fassung der Neubekanntmachung Mai 2001

– **Burglesum (Bremer Heerstraße)** –

Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2005
(Drucksache 16/355 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 23. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen.

Nr. 16/348 S

**Bebauungsplan 1234 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen
— Bremer Heerstraße, Hausnummern 8 bis 22 (gerade) und
— der Lesum**

Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2005
(Drucksache 16/356 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1234.

Nr. 16/349 S

**Bebauungsplan 2247 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Neuenlander
Straße, Hünefeldstraße (einschließlich), Flughafendamm (einschließlich, zum
Teil beiderseits) und Georg-Wulf-Straße (beiderseits) (Airport Stadt-Süd/Ost)**

Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2005
(Drucksache 16/357 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2247.

Nr. 16/350 S

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 36
vom 12. Juli 2005**

(Drucksache 16/363 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/351 S

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 37
vom 30. August 2005**

(Drucksache 16/386 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/352 S

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 38
vom 13. September 2005**

(Drucksache 16/399 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petition wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/353 S

**Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai
2001**

68. Änderung

– Arbergen (Vitakraft) –

Mitteilung des Senats vom 12. Juli 2005
(Drucksache 16/364 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist den Flächennutzungsplan Bremen zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bau und Verkehr.

Nr. 16/354 S

Bebauungsplan 2268 für ein Gebiet in Bremen-Arbergen zwischen Arberger Heerstraße, Zur Grenze und Söldnerweg

Mitteilung des Senats vom 12. Juli 2005
(Drucksache 16/365 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist den Bebauungsplan 2268 zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bau und Verkehr.

Nr. 16/355 S

Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001

57. Änderung

(Ehemals 98. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983)

– In den Wischen (Pferdeweide) –

Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2005
(Drucksache 16/367 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 57. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen.

Nr. 16/356 S

Bebauungsplan 2182 für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen in Verlängerung der Schragestraße (östlich Hausnummer 10 und 15) zwischen Bundesautobahn (A 27), Carl-Krohne-Straße und Eisenbahnstrecke Bremen–Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2005
(Drucksache 16/368 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2182.

Nr. 16/357 S

Bebauungsplan 2277 für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Halmerweg, Klitzenburg, Wummensieder Straße und Grünzug West

Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2005
(Drucksache 16/369 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2277.

Nr. 16/358 S

Bebauungsplan 2303 für ein Gebiet in Bremen-Borgfeld zwischen Am Lehester Deich, Upper Borg, Oberstes Fleet und Hollerlander Weg

Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2005
(Drucksache 16/370 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2303.

Nr. 16/359 S

Bebauungsplan 2314 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen, erweiterter Kreuzungsbereich Malerstraße, Hastedter Heerstraße, Glückstraße, Sodenstich, Stresemannstraße (jeweils einschließlich) sowie Teilflächen der Grundstücke Hastedter Heerstraße 237 bis 249 und Malerstraße 3 bis 4

Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2005
(Drucksache 16/371 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2314.

Nr. 16/360 S

Bebauungsplan 2315 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Hastedter Heerstraße (zwischen Hausnummern 285 und 301) und Weserdamm (einschließlich, bis Hausnummer 12)

Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2005
(Drucksache 16/372 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2315.

Nr. 16/361 S

Vorhaben- und Erschließungsplan 34 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung eines Autohauses mit Werkstatt am Osterdeich 151 in Bremen-Östliche Vorstadt

Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2005
(Drucksache 16/373 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Vorhaben- und Erschließungsplan 34.

Nr. 16/362 S

Vorhaben- und Erschließungsplan 31 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung von vier Reihenhäusern an der Witzlebenstraße/Ludwig-Beck-Straße in Bremen-Neue Vahr

Mitteilung des Senats vom 2. August 2005
(Drucksache 16/374 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Vorhaben- und Erschließungsplan 31.

Nr. 16/363 S

Vorhaben- und Erschließungsplan 33 (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung von Reihenhäusern an der Lisa-Keßler-Straße in Bremen-Oberneuland

Mitteilung des Senats vom 2. August 2005
(Drucksache 16/375 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Vorhaben- und Erschließungsplan 33.

Nr. 16/364 S

Bebauungsplan 1923 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Waller Heerstraße, Travemünder Straße, Eisenbahnstrecke Bremen-Bremerhaven und Wiedastraße (einschließlich)

Mitteilung des Senats vom 2. August 2005
(Drucksache 16/376 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1923.

Nr. 16/365 S

Bebauungsplan 2162 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Diedrich-Wilkens-Straße (zum Teil einschließlich), Gießerweg (einschließlich), Eisenbahn Bremen-Hannover und Girardonstraße

Mitteilung des Senats vom 16. August 2005
(Drucksache 16/379 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2162.

Nr. 16/366 S

Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001

53. Änderung

– Walle (Waller See-Bad) –

Mitteilung des Senats vom 30. August 2005
(Drucksache 16/387 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 53. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen.

Nr. 16/367 S

Bebauungsplan 2273 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Waller Heerstraße (einschließlich Hausnummern 259, 263 und 293 A), Alter Winterweg und öffentlicher Grünanlage (Grünzug West)

Mitteilung des Senats vom 30. August 2005
(Drucksache 16/388 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2273.

Nr. 16/368 S

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Kultur

Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete

Dr. Iris S p i e ß

anstelle des Abgeordneten Dr. Wolfgang Schrörs zum Mitglied der städtischen Deputation für Kultur.

Nr. 16/369 S

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration

Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten

Klaus P e t e r s

anstelle der Abgeordneten Sandra Speckert zum Mitglied der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration.

Nr. 16/370 S

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Umwelt und Energie

Die Stadtbürgerschaft wählt

Herrn Jürgen D i e k m e y e r

anstelle des Abgeordneten Dieter Focke zum Mitglied der städtischen Deputation für Umwelt und Energie.

Nr. 16/371 S

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses „Musikschule Bremen“

Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete

Dr. Iris S p i e ß

anstelle des Abgeordneten Dr. Wolfgang Schrörs zum Mitglied des Betriebsausschusses „Musikschule Bremen“.

Nr. 16/372 S

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses „Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule“

Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete

Dr. Iris S p i e ß

anstelle des Abgeordneten Dr. Wolfgang Schrörs zum Mitglied des Betriebsausschusses „Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule“.

Nr. 16/373 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Das Sportprofil an Bremer Schulen stärken
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 23. Juni 2005
(Drucksache 16/353 S)
2. Evaluierung des „Integrierten Flächenprogramms für Gewerbe und Dienstleistungen in der Stadt Bremen“ – IFP 2010
Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2005
(Drucksache 16/358 S)
3. Konsequenzen aus der Evaluierung des Integrierten Flächenprogramms ziehen: Schluss mit der ausufernden Flächenpolitik
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. September 2005
(Drucksache 16/396 S)
4. Öffnungszeiten im gastronomischen Außenbereich bis 24 Uhr
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 6. Juli 2005
(Drucksache 16/360 S)
5. Kein Eintrittsgeld für den Rhododendronpark
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. Juli 2005
(Drucksache 16/361 S)
6. Abwassergebühren gerecht und ökologisch gestalten
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. Juli 2005
(Drucksache 16/362 S)
7. Perspektiven für die Arbeit des Täter-Opfer-Ausgleiches
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 18. Juli 2005
(Drucksache 16/366 S)

D a z u
Mitteilung des Senats vom 30. August 2005
(Drucksache 16/389 S)
8. Information der Öffentlichkeit über öffentliche Investitionen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. August 2005
(Drucksache 16/385 S)

